

Revolution in der Demokratie?

Neue soziale Bewegungen in Lateinamerika

Raina Zimmering

Süd- und Mittelamerika, soziale Bewegungen, Demokratie

Seit den 1980er Jahren nehmen die neuen sozialen Bewegungen in Lateinamerika an Bedeutung rapide zu. Nachhaltige Transformationsprozesse auszulösen steht dabei seit den 1990er Jahren – in Zeiten neoliberaler Globalisierung und steigender Armut – im Zentrum gesellschaftlichen Handelns. Doch, angesichts der bestehenden globalen Strukturen, wie groß ist das Potenzial der neuen Welle sozialer Kräfte wirklich?

Nicht Klassen und nicht Parteien, nicht Eliten oder Regierungsprogramme haben eine entscheidende politische und kulturelle Transformation mit Langzeitwirkung in den westlichen Demokratien Ende der 1960er Jahren ausgelöst, sondern neue soziale Bewegungen, angefangen bei den Studentenbewegungen, denen man summarisch den Namen „die 68er“ gab. Der weltweit gemeinsame Auslöser war der Vietnamkrieg. In Deutschland spielte darüber hinaus die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine gewichtige Rolle. In den darauffolgenden Jahren stiegen die „neuen sozialen Bewegungen“ zum politischen Akteur per se auf; der Begriff hielt als Gegenstand und als theoretischer Erklärungsansatz in die Wissenschaft Einzug. „Neue soziale Bewegungen“ erkämpften sich in den westlichen Demokratien politische Einflussmöglichkeiten, die heute zum allgemeingesellschaftlichen Konsens gehören. Die Antiatomkraft-, die Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Verbraucherbewegungen sind Beispiele dafür.

Seit den 1980er Jahren erleben wir in einem ganz anderen Teil der Welt, in Lateinamerika, einen Bedeutungszuwachs sozialer Bewegungen, die wie die „68er“ nachhaltige Transformationsprozesse auslösen. Über die soziokulturelle Komponente hinaus hatten diese Bewegungen jedoch auch eine sozioökonomische Reichweite. Zunächst verhießen die 1980er Jahre jedoch Gegenteiliges. Kolumbien war in den 1980er Jahren das Land, das den höchsten Anteil an sozialen Bewegungen aufwies. Sie entwickelten sich oft entlang sozialer Gruppeninteressen, aber quer zu den Parteien. Zu einer übergreifenden Organisation



Prof. Dr. Raina Zimmering,
geb. 1951, Universität
Linz, Österreich.
raina.zimmering@jku.at

kam es jedoch nicht und auch nicht zur Einbindung in das bestehende politische System. Ende der 1980er Jahre wurden diese Bewegungen vom oligarchisch geprägten kolumbianischen Staat mit dem Argument der politischen Subversion gewaltsam bekämpft und schließlich brutal zerschlagen, was Tausende Tote mit sich brachte. Übrig blieb das Desaster einer verletzten Gesellschaft, eines autoritären und repressiven Staates und der Verselbstständigung des Paramilitarismus, der Drogenkartelle und einer militanten Guerilla, die das Gewaltmonopol des Staates in großen Teilen des Landes außer Kraft setzen. Von einer progressiven Transformation der kolumbianischen Gesellschaft konnte nicht die Rede sein.¹

Auch in südamerikanischen Diktaturen bildeten sich Anfang der 1980er Jahre, besonders aufgrund des Verbotes politischer Parteien, antidiktatorische soziale Bewegungen heraus, unter anderem Stadtteilbewegungen und Bewegungen von Frauen, die Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Familienangehörigen forderten. Sie hatten an der Abdankung der Militärdiktaturen einen gewissen Anteil, auch wenn die Machtaufgabe der Militärs in erster Linie ein zwischen unterschiedlichen politischen Eliten vereinbarter und verhandelter Wechsel war.² Nach der Konsolidierung demokratischer Systeme und der Neuetablierung politischer Parteien jedoch versiegten die sozialen Bewegungen wieder. In Lateinamerika hatten sie in den 1980er und 1990er Jahren überwiegend keine transformativische Kraft entwickeln können.

Erst die negativen sozialen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung in den 1990er Jahren, die harten sozialen Einbrüche großer Teile der Mittelschichten und die Zunahme der Armut auf bis zu 50 Prozent der Bevölkerung erzeugte eine Welle von sozialen Bewegungen, die Auslöser und Akteure politischer Transitions- und gesellschaftlicher Transformationsprozesse wurden.

1 Vgl. Zelik/Azzellini (1999): Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln, ISP.

2 Linz/Stepan (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Johns Hopkins University Press.

Was sind „neue soziale Bewegungen“?

Soziale Bewegungen sind ein langlebiges Phänomen, das uns schon aus der alten Geschichte bekannt ist und vom Begriff her auf nichts anderes verweist als auf eine Mobilisierung einer großen Anzahl sozialer Akteure, die – wie Rucht es definiert – sozialen Wandel initiieren, verhindern oder rückgängig machen wollen.³ Doch fällt auf, dass der Begriff in der Sozialwissenschaft vor allem ab der 1970er Jahre als eigenständiger Begriff, ja sogar mit dem Adjektiv „neu“ als eigener Ansatz benutzt wurde. Vorher wurde eher von Revolutionen, Aufständen, Mobilisierungen, Demonstrationen, Reformen, Erschütterungen, aber auch von Bewegungen im Zusammenhang mit bestimmten sozialen Akteuren wie Arbeiter-, Bauern- und Gewerkschaftsbewegung gesprochen, aber nicht von sozialen Bewegungen als eigenständigem Gegenstand. Die bisherigen Bewegungsarten waren mehr an die soziale Herkunft, an bestimmte soziale Klassen gebunden als an den Gegenstand ihrer Aktionen. Die Gesellschaft sollte im Sinne der sozialen Gruppe als Protagonist und nicht im Sinne eines konkreten Zieles verändert werden. Die neuen sozialen Bewegungen werden mit Adjektiven wie netzwerkförmig, gewaltlos, nicht hierarchisch, horizontal und themenorientiert verbunden. Eine Übernahme der Staatsmacht lehnen sie ab.

Wichtige theoretische Basis sind der liberale Ansatz von David Henry Thoreau zur „Pflicht des Bürgers zum Ungehorsam gegenüber dem Staat“,⁴ und die Auffassungen von Mahatma Gandhi⁵ und Martin Luther King⁶ über gewaltlosen Widerstand. Entscheidenden Einfluss auf die Diskussion um „neue soziale Bewegungen“ hat die Diskurstheorie von Jürgen Habermas, der davon ausgeht, dass die bürgerliche Gesellschaft grundsätzlich die Möglichkeit zur Kritik biete und durch einen vernünftigen Dialog aller Bürger im öffentlichen Raum ein politischer Konsens erzeugt werden kann. Dabei teilt er Öffentlichkeit in eine politisch institutionalisierte (Parlamente, Regierungen, Parteien) und politisch nicht institutionalisierte

3 Vgl. Rucht (1997): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M., Campus.

4 Vgl. Thoreau (1846): Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, Diogenes Verlag.

5 Vgl. Ministry of Information and Broadcasting, Government of India (Hrsg.): The Collected Works of Mahatma Gandhi, 90 Bde., New Delhi 1958-1984.

6 Vgl. King (1982): Freiheit. Von der Praxis des gewaltlosen Widerstandes, Brockhaus, Wuppertal.

(zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, NGOs) ein, die in einem ständigen Diskurs die kollidierende „Faktizität und Geltung“ immer wieder neu in Übereinstimmung bringt. Hauptakteur der nicht institutionalisierten Öffentlichkeit ist die Zivilgesellschaft, deren „institutionaler Kern“ sich nach Habermas zusammensetzt aus „jenen nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüssen und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern“ und welche „die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“.⁷ In dieser Zivilgesellschaft nehmen soziale Bewegungen eine zentrale Stellung ein. Ihre Rolle besteht darin, Einfluss auf Politik auszuüben, nicht aber selbst Politik zu machen. Habermas nennt dies „Selbstbeschränkung der Zivilgesellschaft“. Die Zivilgesellschaft „tritt nicht an die Stelle eines geschichtsphilosophisch ausgezeichneten Großsubjekts, das die Gesellschaft im Ganzen unter Kontrolle bringen und zugleich legitim für diese handeln sollte.“⁸

Was die Protestformen der Zivilgesellschaft anbetrifft, so bewegt sie sich in der Sphäre der Gewaltfreiheit. „Das letzte Mittel, um oppositionellen Argumenten stärkeres Gehör und publizistisch-politischen Einfluss zu verschaffen, sind Akte des bürgerlichen Ungehorsams, die unter hohem Explikationszwang stehen. Diese Akte gewaltfreier symbolischer Regelverletzung verstehen sich als Ausdruck des Protests gegen bindende Entscheidungen, die nach Auffassung der Akteure trotz ihres legalen Zustandekommens im Lichte geltender Verfassungsgrundsätze illegitim sind.“⁹ Das äußerste Mittel können also nur Straßenblockaden, Besetzung von Kernkraftwerken oder Feldern usw. sein. Diese Akte richten sich an zwei Adressaten, an die Amtsinhaber, die dazu bewegt werden sollen, Entscheidungen zu revidieren, und an den Gerechtigkeits-sinn des „Staatsbürgerpublikums“. Der Ungehorsame nimmt für sich in Kauf, bestraft zu werden, doch beansprucht er gleichzeitig das Recht auf Widerstand. Das System wird erhalten, aber in einigen Punkten revidiert und erzeugt somit einen allmählichen sozialen Wandel.

7 Habermas (1997): Faktizität und Geltung, 2. Auflage, Frankfurt a.M., Suhrkamp: 443.

8 Habermas (1997): 450.

9 Habermas (1997): 462.

Habermas gibt keine Antwort auf die neoliberale Vermachung der politischen Öffentlichkeit durch den wachsenden nicht legitimierten Einfluss von Lobbygruppen auf die Politik und die Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes des Nationalstaates durch transnationale Unternehmen als neuem politischem Akteur. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von „Faktizität und Geltung“ existierte zwar bereits die juristische Gleichstellung von Unternehmen und Regierungen im Rahmen der WTO, doch waren die Folgen für die Zivilgesellschaft, besonders in den unterentwickelten Ländern, noch nicht in ihrer ganzen Tragweite absehbar.

Selbstbegrenzung, Mobilisierung, Antimacht

Der Habermas'schen „Selbstbegrenzung der Zivilgesellschaft“ zufolge soll die Zivilgesellschaft in das System eingebunden werden und darin eine systemstabilisierende Rolle einnehmen. In anderen politikwissenschaftlichen Ansätzen der politischen Transitionsforschung wie bei Juan Linz und Alfred Stepan in *„Problems of Democratic Transition and Consolidation“* wird der Zivilgesellschaft dagegen eine eher mobilisierende Rolle zugedacht. Ihre Mobilisierungen hätten die Wechsel von autoritären zu demokratischen Systemen mit angestoßen und den Prozess der demokratischen Konsolidierung unterstützt.¹⁰ Auch Wolfgang Merkel sieht Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen als wichtige Bedingung für einen Systemwechsel.¹¹ Sie hätten zur Überwindung „defekter Demokratien“¹² beigetragen, die weder demokratische Tiefenwirkung noch soziale Gerechtigkeit durchzusetzen vermochten. Diese stärker auf die mobilisierende Funktion von Zivilgesellschaft orientierten Ansätze unterschätzen aber immer noch das Innovationspotential von sozialen Bewegungen, im Rahmen der gewachsenen Bedeutung von globalem und lokalem Handeln Initiator ganz neuer Wege mit ganz anderen Herrschafts- und Wirtschaftszusammenhängen zu sein. Auch wenn die Konturen einer neuen Gesellschaft in neueren Transformationsansätzen unscharf sind, so kommt sozialen Bewegungen in der „planetarischen Weltgesell-

10 Vgl. Linz/ Stepan (1996).

11 Vgl. Merkel (1999): Systemtransformation, Opladen, Leske & Budrich.

12 Vgl. Merkel et al. (2006): Defekte Demokratie, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

schaft“ von Jean Ziegler¹³ oder als Träger der „Antimacht“ von John Holloway¹⁴ die Rolle des Hauptakteurs bei der Errichtung einer neuen Gesellschaft zu.

Bewegungen mit Potenzial zur Systemtransformation?

Seit der Jahrtausendwende hatte man den Eindruck, dass in Lateinamerika ein explosionsartiges Anwachsen sozialer Bewegungen stattfand und dass diese Bewegungen, so unterschiedlich sie auch sein mögen, weit über das hinausgehen, was man schlechtweg unter „neue soziale Bewegungen“ versteht. Doch zu den alten sozialen Bewegungen, wie sie die Arbeiter-, Gewerkschafts- und Bauernbewegungen darstellten, kann man sie auch nicht zählen. Denn sie orientieren sich nicht an Klassenlinien, wollen oftmals nicht die politische Macht übernehmen, sind nicht hierarchisch organisiert und betrachten sich nicht als politische Avantgarde. Es stellt sich die Frage, ob die sozialen Bewegungen in Lateinamerika über eine Politik der Selbstbegrenzung hinausweisen oder ob sie tief greifende gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen in der Lage sind.

Die nachfolgenden Beiträge analysieren den besonderen Charakter sozialer Bewegungen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern und ihr spannungsgeladenes Verhältnis zu gesellschaftlicher Transformation. Ein vergleichender Blick auf die Landlosenbewegung Brasiliens, die indigenen Bewegungen Brasiliens, die Kämpfe um eine Demokratisierung der Medien in Argentinien und auf den „Bolivarianischen Prozess“ in Venezuela zeigt, dass die Mehrheit der lateinamerikanischen sozialen Bewegungen viele Kriterien von „neuen sozialen Bewegungen“ wie Horizontalität, Basisdemokratie, Gewaltlosigkeit und Ablehnung einer Übernahme der Macht erfüllen. Allerdings gehen sie in vielen Fällen über eine bloße Politik der Selbstbegrenzung hinaus und nehmen für sich in Anspruch, die gesamte Gesellschaft verändern zu wollen und als geschichtsphilosophisches Großsubjekt in Erscheinung zu treten. Sie sind insofern nicht nur Korrektiv des Bestehenden, sondern Auslöser von etwas Neuem, was sich ansatzweise in einer sozial gerechteren und souveräneren Politik in Argentinien

13 Vgl. Ziegler (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München, Bertelsmann.

14 Vgl. Holloway (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.

und Brasilien, als soziale Utopie in Mexiko, als nicht konsolidierte, institutionelle Realität in Bolivien und Venezuela zeigt. Die Tendenz verweist auf die Übernahme von Kriterien und Prinzipien „neuer sozialer Bewegungen“ in ein neues Gesellschaftssystem, das sowohl politische Transition als auch sozioökonomische Transformation im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Basisdemokratie zusammenschließt. Vielleicht sind wir also Zeugen einer „Revolution in der Demokratie“ (Yesko Quiroga), die sich in weiten Teilen Lateinamerikas vollzieht.

Literaturverzeichnis

- Habermas, Jürgen (1997): Faktizität und Geltung, 2. Auflage, Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster, Westfälisches Dampfboot.
- King, Martin Luther (1982): Freiheit. Von der Praxis des gewaltlosen Widerstandes, Wuppertal, Brockhaus.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Johns Hopkins University Press.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation, Opladen, Leske & Budrich.
- Merkel, Wolfgang et al. (2006): Defekte Demokratie, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ministry of Information and Broadcasting, Government of India (Hrsg.): The Collected Works of Mahatma Gandhi, 90 Bde., New Delhi 1958-1984.
- Quiroga, Yesko (2006): Revolution in der Demokratie, in: Institut für Ibero-Amerikakunde (Hrsg.): Lateinamerika Analysen, Jg. 14, H. 2, Hamburg, S. 75-111.
- Rucht, Dieter (1997): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M., Campus.
- Thoreau, Henry David (1846): Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, Zürich, Diogenes Verlag.
- Zelik, Raúl/ Azzellini, Dario (1999): Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln, ISP.
- Ziegler, Jean (2003): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München, Bertelsmann.

Welt Trends *Lehrtexte*

Politische Herrschaft in Süd- und Mittelamerika

Herausgegeben von Raimund Krämer

- Begriff und Wirklichkeit des Staates
- Ökonomische Reformen versus Demokratie
- Militär und Politik

WT-P 5, 208 S., brosch., 8 €

Bestellungen: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de